

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustand: Nachrichten Dresden
Verlags-Gesellschaft: 1932
Ruz für Nachrichten: Nr. 20011
Schiffahrt: u. Luftverkehr: Nr. 20011
Dresden - L. L. Meißnerstr. 21/22

Bezugspreis bei langjährig fortwährender Abnahme monatlich 1.200 Mk. (einschließlich 70 Pf. für Zustellung), durch Verlangung 1.200 Mk. (einschließlich 70 Pf. für Zustellung) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummern 10 Pf., außerorts 15 Pf. Nachzahlungen: Die Abnahme ist zu leisten durch 10 Pf. für den ersten und 10 Pf. für die übrigen 9 Nummern. Die Abnahme ist zu leisten durch 10 Pf. für den ersten und 10 Pf. für die übrigen 9 Nummern. Die Abnahme ist zu leisten durch 10 Pf. für den ersten und 10 Pf. für die übrigen 9 Nummern.

Verlag v. August Neumann & Neumann, Dresden, Neumann-Str. 1000 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Neumann) g. m. b. H. u. Co.
Schulstraße 1000 Dresden

Die Deutschen und Franzosen verhandeln

v. Papen fährt vorübergehend nach Berlin

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 24. Juni. Die Konferenz dreht sich im Kreise. Immer kommen wie bei einem Karussell dieselben Figuren wieder zum Vorschein. So hat die heutige deutsch-französische Konferenz geradezu wieder von vorn angefangen. Der Reichsfinanzminister hat sich durch das hartnäckige Nichtverstehenwollen der Franzosen gezwungen, heute vormittag nochmals das A und O der deutschen Finanzlage in aller Breite darzulegen und vor allem den Nachweis zu führen,

das sich Deutschlands Lage seit dem Kaiserlichen Entschieden, auf das sich Frankreich heute beruft, entscheidend vergrößert hat.

Der französische Finanzminister hat nun heute nachmittag auf diese Rede geantwortet und papagenhaft die alten französischen Argumente vorgebracht, das sei nur vorübergehend und eine Folge der Weltkrise; mit einer allgemeinen Erholung werde auch Deutschland wieder leistungsfähig und zahlungsfähig werden. Natürlich müsse man ihm zunächst eine Schonfrist bewilligen. Der Franzose war natürlich nicht in der Lage, die finanziellen und wirtschaftlichen Gründe des deutschen Finanzministers wirklich zu entkräften. Frankreich will sich aber nicht belehren lassen, weil das in seine tributpolitischen Pläne nicht hineinpaßt. Deshalb konnte Herr von Papen mit der Entschiedenheit der deutschen Handelskammer, der Devisenlage und des deutschen Staats sowie der Stabilisierung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen auch offenbar keinen Eindruck auf die Franzosen machen, so unabweislich auch alles war. Aber die Rede des französischen Finanzministers läßt sich kaum diskutieren. Reichsminister von Papen hatte den Konferenzsaal schon vorher verlassen, um mit dem Nachmittagszug nach Berlin zu reisen. Herriot fährt heute später.

Beide Minister werden aber am Montagmorgen bestimmt wieder zurückkehren. Dann soll deutsch-französische Redebühne weitergehen.

Zwischen durch werden Sachverständige beider Länder tagen, die ohne vorherige Klärung der politischen Lage natürlich noch viel weniger zu Ergebnissen kommen können, denn schließlich ist alles im Grunde politisch, und die Weltwirtschafts- und Finanzverhandlungen sind nur Brücken, vorläufig allerdings keineswegs tragbare, für die Politik. Man spricht davon, daß am Montag die entscheidenden Fragen berührt werden sollen; aber das ist schließlich hier von Anfang der Konferenz an geschehen. Die Stimmung ist daher allgemein mehr als pessimistisch.

Die Aussichten für ein positives, vor allem abschließendes Ergebnis sind äußerst trübe, wie wir heute annehmen. Das belgische Finanz- und Wirtschaftsprojekt, mit dem sich die deutschen Delegierten

entgegenkommenderweise befaßten, zeigte im Grunde nur, wie tief die Kluft zwischen uns und unseren Gegnern ist. Tatsächlich verließen die Belgier Deutschland durch Mobilisierung seiner kommunalen Werke, Gas, Elektrizität, Wasser, wieder vorübergehend tributpflichtig zu machen, um möglichst bald wieder etwas aus und herauspressen zu können. Das Ganze ist als menschenfreundlicher, wirtschaftlicher und finanzieller Plan markiert, der Deutschland einen Kredit und neue Devisen zuführen soll. Alle die genannten Werke sollen in einer großen Gesellschaft eingehacht werden, deren Aktien vom Ausland gekauft würden. Die deutschen Städte erhalten so Devisen, die sie der Reichsbank gegen Mark zur Verfügung stellen. Damit soll diese sich möglichst bald wieder auf Tributzahlungen einstellen. Das ist zweifellos auch der Hauptgedanke der Welt. Es handelt sich eben darum, die Arme der Saugpumpe, die gegenwärtig nichts mehr aus Deutschland herausbringen kann, unauffällig anders zu placieren, damit später wieder eine neue Bluttransfusion vorgenommen werden kann. Natürlich ist der Plan völlig abwegig, und die deutschen Sachverständigen könnten sich ihre rein wirtschaftlichen Gegenargumente sparen.

Die Belgier wollen übrigens auch andere Länder, vornehmlich Frankreichs Südstaaten, mit Krediten beglücken.

Dazu sollen nach ihren Plänen goldreiche Länder der Kaiserlichen Tributbank Gold für einen Fonds zur Verfügung stellen, den diese verwalten. Dann sollen Zertifikate aus diesem Fonds ausgeben und den Regierungen der betroffenen Länder und durch diese an ihre Notenbanken gegeben werden. Diese würden die Zertifikate als Deckung für neue Noten benutzen. Zugleich würde man wirtschaftliche Reformen von diesen Ländern verlangen. Schließlich schlugen die Belgier handelspolitische Reformen, und zwar Gruppenverträge zwischen einzelnen Staaten, vor, womit sie dem französischen Donauprojekt anheimelnd vorarbeiten wollen. Man kann sich denken, daß die Lage durch all diese Pläne nicht erleichtert wird. Schon heute besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß man sich zuletzt mit den vorläufig sehr unbestimmten Zahlungsbedingungen der Tribute und der europäischen Schäden begnügen und nur noch um Schlichtungsformeln und Übergangsformeln kämpfen wird. Man würde dann vielleicht auch die Konferenz in Permanenz erklären und zunächst eine Kommission einsetzen. Dadurch und durch ein politisches und wirtschaftliches Schlußmanifest würde man beim Ausbehalten in Lausanne wenigstens eine Pause zu verdienen suchen. Natürlich sind noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft. Es wird nun interessant sein, zu sehen, welchen Empfang Herriot in Paris finden und in welcher Verfassung er dann wiederkommen wird.

Deutschlands Recht auf Tributbefreiung

Länger als eine Woche verfolgt nun das deutsche Volk mit gespannter Aufmerksamkeit die Vorgänge in Lausanne. Eine harte Probe für die Geduld eines seit achtzehn Jahren schwergeprüften Volkes, dem die abgegangene Regierung bis zur letzten Stunde versichert hatte, daß man nun „hundert Meter vor dem Ziel“ nahe und dann mit der Tributbefreiung den Lohn für die überlegerten Leiden der letzten zwei Jahre einstreichen könne. So hoch waren allerdings die Hoffnungen derjenigen nicht gespannt, die mit offenen Augen die von Polcaro über Irland und Tardieu zu Herriot gleichmäßig eingehaltene Linie der französischen Politik verfolgt haben, deren Ziel die dauernde Niederhaltung Deutschlands um jeden Preis, sogar um den der Weltgerüttung, ist. Man hatte nicht erwartet, daß der aufgeschulte Wust ungelöster europäischer Fragen im Handumdrehen bereinigt würde. Man wußte, daß noch ein schwerer Kampf bevorstand, und man war von vornherein darauf gefaßt, daß die deutschen Vertreter bei der Parteilichkeit des französischen Widerstandes gegen jede annehmbare Regelung keinen anderen Raum ernten könnten als den, die deutsche Sache wirksam verteidigt und die von Brüning bereits ausgesprochene Zahlungsverweigerung aufrechterhalten zu haben.

Darum hat es auch bisher an der moralischen Unterstützung nicht gefehlt, die Reichskanzler v. Papen in seiner Mundfunkrede von der Heimat gefordert hat. Die sonst immer zum Verhandigen und Nachgeben drängende Linke ist von Brüning's Zeiten her viel zu stark auf unangenehmen Widerstand festgelegt, als daß sie aus parteipolitischen Gründen dem von Papen und Neurath in gleichem Sinne weitergeführten außenpolitischen Kurs Schwierigkeiten bereiten könnte; sie wagt im Gegenteil eifrig darüber, daß die neuen Männer nicht irgendwie hinter die von Brüning gesteckte Linie zurückweichen. Und überdies bietet ihr die innerpolitische Enttöndung genug Stoff zur Bewahrung der während der Isolierungszeit unterdrückten demagogischen Fähigkeiten. Auch die in außenpolitischen Dingen viel anspruchsvollere Rechtsopposition hat ihre Reden gegen die Lausanner Verhandlungsführung bisher bewußt zurückgestellt. Sie hat Verständnis dafür aufgebracht, daß Herr v. Papen den neuen Kurs nicht mit Faustschlägen auf den Tisch einführen, sondern mit der ihm eigenen weltmännischen Gewandtheit unter Anpassung an die Konferenzatmosphäre eine Ueberleitung suchte, die ihm persönlich zu einer überraschend guten Auslandspresse verhalf. Damit ist die Behauptung widerlegt, daß es ein kapitaler Fehler gewesen sei, Brüning's internationale Autorität in dem Augenblick auszuhalten, in dem ihr Einsatz für Deutschland am nötigsten gewesen wäre. Die neuen Männer haben ohne Schwierigkeit und ohne Belastung durch ihre politische Einstellung dort anknüpfen können, wo Brüning aufgehört hatte. Aber der vom Reichskanzler in den ersten Tagen angeschlagene Ton der völlig unverhüllten Lebenswürdigkeit der Phrase, in der die Franzosen bekanntlich Meister sind, hatte doch nur Zweck, wenn die Franzosen diese Brücke gegenseitigen Verständens betreten, um so aus dem Schmolzwinkel der Isolierung herauszukommen. Inzwischen haben sie tage- und nachtagelang allein mit den Engländern getuschelt, ohne mit ihnen einig zu werden, und das Ergebnis ist eine Vertiefung der französischen Haltung, die vorerst noch verstärkt wird durch den Kerger der französischen Staatsmänner über den amerikanischen Abrüstungsvorstoß, der ihnen so unpassend in die Quere gekommen ist. Ihre neuen Vorschläge über spätere Abschlußzahlungen zeigen in Verbindung mit den politischen Forderungen nach einem deutschen Revisionsverzicht zur Genüge, daß es Frankreich immer noch nicht so schlecht geht, daß es auf seine Vernichtungspolitik gegen Deutschland verzichten wollte. Statt die ihm von Papen gebaute Brücke zu betreten, hat Herriot offenbar alle Brücken der Verständigung abgebrochen. Das mit ihm auf dieser Konferenz kein vernünftiges Wort mehr zu sprechen ist, dürfte jetzt schon feststehen.

Darum ist es auch an der Zeit, die deutsche Verhandlungsmethode zu ändern und in der Tonart zu sprechen, die das deutsche Volk seit langem erwartet. Bisher wurde der Tributkampf deutscherseits rein defensiv geführt mit den ewigen Einweisen auf unsere faktische Zahlungsunfähigkeit und mit zwecklosen Ueberredungsversuchen, die die Gläubiger überzeugen sollten, daß auch spätere Tributzahlungen, wenn sie jemals wieder denkbar wären, für sie ein schlechtes Geschäft bedeuten würden. Mit allen diesen Argumenten dringt man den Franzosen gegenüber nicht durch. Sie haben immer tausend Gegenargumente, die ebenfalls nicht widerlegbar sind, weil sie sich auf eine Zukunft beziehen, die niemand kennt. Daher muß die Begründung der deutschen Zahlungsverweigerung jetzt von einer anderen Seite her fortgesetzt werden. Es ist höchste Zeit, zur offensiven Bekämpfung des Tributsystems überzugehen und mit moralischen und rechtlichen Argumenten nachzuweisen, daß Deutschland klare Ansprüche auf die endgültige Befreiung von Repara-

Kristverlängerung für die bayerische Antwort

Proteststurm gegen Drohungen Schäffers

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Juni. Für Sonnabend nachmittag ist gleich im Anschluß an die Ankunft des Reichsfinanzministers v. Papen aus Lausanne eine Kabinetsitzung angesetzt. Außerdem ist ein Besuch beim Reichspräsidenten vorgesehen. Die Weisung des Reichsfinanzministers hängt, wie uns in der Wilhelmstraße versichert wird, nicht mit innerpolitischen Fragen, sondern in erster Linie mit wichtigen außenpolitischen Entscheidungen zusammen. Man erwartet darauf, daß auch der französische Ministerpräsident nach Paris zurückgekehrt sei, um mit seinem Kabinetsitzung zu nehmen. Daraus ist vielfach der Schluß zu ziehen,

daß die deutsch-französische Verständigung einen Grad erreicht haben, der eine Zahlungsnahe mit den maßgeblichen politischen Faktoren beider Länder notwendig macht.

Es ist bezeichnend, daß bei der Bedeutung dessen, was sich höchstwahrscheinlich in diesen Tagen in Lausanne abspielt, die innerpolitischen Probleme etwas mehr in den Vordergrund treten. Wir betonen schon wiederholt, daß es offenbar dem Reichsinnenminister bei der Behandlung des Vändertonstills darauf ankomme, Zeit zu gewinnen, damit gewisse außenpolitische Aktionen nicht zeitlich mit schwerwiegenden innenpolitischen Auseinandersetzungen zusammenstoßen. Unter diesem Gesichtswinkel ist wohl auch die Tatsache zu bewerten, daß der Reichsinnenminister die Frist für die Antwort der Länder um einen weiteren Tag verlängert hat. Ursprünglich erwartete man die Antworten insbesondere Bayerns und Badens bis Montag.

Jetzt ist mitgeteilt worden, daß die Frist bis Dienstag verlängert würde.

Ob bei dieser Fristverlängerung, gegen die in politischen Kreisen schon heute Protest erhoben wird, noch andere Gründe mitspielen, läßt sich zur Stunde nicht feststellen. Es werden darüber mehrere Ansichten verbreitet, die bei der Wichtigkeit der Angelegenheit fast umrissen seien. Auf der einen Seite wird behauptet, daß innerhalb des

bayerischen Kabinetts ein heftiger Konflikt ausgebrochen sei. Es heißt, der bayerische Innenminister Schäffler habe nach seiner Rückkehr aus Berlin dem bayerischen Ministerpräsidenten und seinen anderen Kabinettskollegen die Abfertigung angetragen und mitgeteilt, daß bei einigem guten Willen auf bayerischer Seite die weitere Zuspitzung des Konfliktes mit dem Reich, der im übrigen weniger für das Reich als für Bayern schädlich sei, sich wohl vermeiden lassen würde. Die halbschwarzliche Richtung in Bayern, die durch Ministerpräsident Heß und den bayerischen Staatsrat Schäffler vertreten wird, versucht indessen alles, um den Konflikt weiter zu verschärfen. Die längste Rede Schäfflers mit der Androhung, er werde eine Art bayerischer-föderalistischer Einwohnerebene aufstellen, die sogar bewaffnet werden soll,

hat naturgemäß in Berlin außerordentlich verstimmt und einen Proteststurm hervorgerufen, der sich auch in München seine Rückwirkungen haben wird.

Eine andere Meinung geht dahin, daß die bayerische Regierung deshalb um eine Verlängerung der Fristen nachgesucht habe, weil sie hoffe, daß am kommenden Sonntag sich in München Ereignisse abspielen könnten, die dazu geeignet wären, die harte Haltung Bayerns zu begründen und weiteren deutschen Kreisen verständlich zu machen. Es liegen nämlich aus der bayerischen Hauptstadt Laummeldung am kommenden Sonntag 80. bis 40.000 Mann zu einer riesigen Demonstration nach München beordert hätten. Angeblich sollen schon aus der Pfalz verschiedene SA- und SS-Einheiten nach München im Anmarsch sein. Die unangenehme Richtung der bayerischen Regierung hofft nun, daß diese in München zusammengezogenen nationalsozialistischen Einheiten zu Unbesonnenheiten hinreizen lassen, so der bayerischen Politik ein erneutes Ansehen verschaffen und die harte Abwehrhaltung der bayerischen Regierung damit rechtfertigen würden.

Wesche von den beiden Ansichten zutreffend ist, läßt sich von Berlin aus naturgemäß schwer übersehen. So viel ist aber sicher, daß morgen und in den allerersten Tagen nicht der innerpolitische Konflikt, sondern die außenpolitisch vorwiegend im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen wird.